V2NEU

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: **Profite pflegen keine Menschen!**

Antragstext

Die Pandemie hat noch mal deutlich gezeigt: Unser Gesundheitssystem hat ein Problem. Pflegekräfte schieben andauernd Überstunden, Operationen müssen verschoben werden, Patien*innen können kaum mitbestimmen und an einen Psychotherapieplatz zu kommen ist fast unmöglich. Gleichzeitig fahren Helios und Co. Millionengewinne einen.

Durch die schrittweise Privatisierung von Krankenhäusern, die Einführung des Fallpauschalensystems und den immer schlechteren Pflegeschlüssel wurde es für private Krankenhausbetreiber immer leichter, Profite auf Kosten unserer Gesundheit zu machen. Aber Profite pflegen keine Menschen - deshalb braucht es im Gesundheitssektor eine entschiedene Abkehr von jeder Profitlogik!

Bedarfsgerecht statt pauschal

Seit den 90er Jahren wurde in Deutschland Klinik nach Klinik aus der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft übertragen. Hintergrund ist nicht bloß eine neoliberale Logik, nach der das Gesundheitswesen angeblich besser und effizienter funktioniert, wenn es durch Marktmechanismen bestimmt wird. Zur Wahrheit gehört auch, dass vielen Kommunen keine andere Wahl blieb, als Wohnraum, Grünfläche und eben auch Kliniken dem Verkauf freizugeben. So konnten leere Kassen kurzfristig gefüllt und dem Bankrott konnte entkommen werden.

Langfristig hat die Privatisierung allerdings fatale Folgen. Die Gesundheit der Bevölkerung wird als Ware auf dem freien Markt gehandelt, mit ihr machen die Anteilseigner*innen großer Klinikkonzerne tagtäglich Profite. Es werden die Leistungen angeboten, die sich rentieren. Es werden nur genauso viele

Pflegekräfte eingestellt, wie es zwingend benötigt - oder sogar noch weniger. Uns ist klar: Mit diesem System muss Schluss sein. Gesundheit ist Daseinsvorsorge!

2004 erreichte die Idee der Gesundheit als Ware mit der Einführung des Fallpauschalensystems ihren traurigen Höhepunkt. Seitdem werden nicht mehr die laufenden Kosten der Krankenhäuser gedeckt, sondern pro Fall ein Pauschalbetrag ausgezahlt. Gut planbare, teure Eingriffe (wie Hüftoperationen) sind dadurch lukrativer als die Bereithaltung von selten gebrauchten Intensivbetten und Intensivpfleger*innen. Eine Orientierung nach tatsächlichen Bedarfen ist mit diesem System schlicht nicht möglich.

Solidarisch an der Seite von Notruf NRW - Für Pflegekraft und Patient*in!

Um den Profit der Klinikkonzerne so hoch wie möglich zu halten, wird also gespart, wo auch immer es möglich ist. So sind immer weniger Pflegende für immer mehr Patient*innen zuständig. Die Folgen sind Überlastung, Ausfälle und schlechte Versorgung. Wem die viel zu geringe Bezahlung noch nicht zum Ausstieg aus dem Pflegeberuf gebracht hat, der*die wird spätestens durch die gravierende Unterbesetzung zum Ausstieg getrieben.

Vielen Pflegenden macht ihr Beruf zwar grundsätzlich Spaß. Aber allein auf das gute Herz der Pflegekräfte und auf leeren Applaus zu setzen ist fatal und führt mittelfristig zum Zusammenbruch des Systems. Es fängt schon in der Ausbildung an. Wir brauchen bessere Ausbildungsbedingugnen, die auch das Patient*innenwohl und zum Beispiel Diskriminierungen in die Lehrpläne der Pflegeberufe mitaufnimmt. Außerdem braucht es viel bessere Arbeitsbedingungen inklusive progressivem Pflegeschlüssel, einer Aufwertung des Pflegeberufes in der Ausbildung und einem spürbar höheren Lohn.

Wir stehen deshalb solidarisch an der Seite aller Streikenden der Kampagne “Notruf NRW”, die gerade in 6 Unikliniken im ganzen Land Druck macht. Die Beschäftigten stehen laut ein für eine echte Entlastung, mehr Personal und eine bessere Ausbildungsqualität - wir kämpfen an ihrer Seite und schließen uns ihren Forderungen an! Diese Veränderungen würden direkte Verbesserungen für viele Beschäftigte und Patient*innen im Gesundheitssektor bringen.

Wieder selbst entscheiden

Gleichzeitig ist uns schmerzlich bewusst, dass die hohe Belastung der Beschäftigten Folge eines systemischen Problems ist, dass auch nur systemisch angegangen werden kann. Die Frage, welche Versorgung vor Ort tatsächlich gebraucht wird, kommt in der Profitlogik großer Klinikkonzerne nicht vor. Das hat fatale Folgen. Die gesundheitliche Versorgung auf dem Land ist oft

unterirdisch, an manchen Orten fährt man bis zum nächsten Kreißsaal viel zu lange und auch bei der Psychotherapie sind die Bedarfe bei weitem nicht gedeckt. Die neuen Pläne zur Krankenhausreform der Landesregierung könnten dieses Problem noch verstärken.

Um die Versorgung wieder an dem zu orientieren, was tatsächlich gebraucht wird, braucht es kein zögerliches Gegensteuern. Nur eine Abkehr von der Profitlogik kann die gravierenden Probleme tatsächlich lösen. Dazu müssen Kliniken zurück in die kommunale Hand überführt und auskömmlich finanziertwerden. Die Kommunen und Städte können als kleinste Einheit am besten darüber entscheiden, was vor Ort gebraucht wird. Eine Stadtgesellschaft könnte sich über die Zustände der örtlichen Gesundheitsversorgung austauschen und gemeinsam an sinnvollen Lösungen arbeiten. Die Frage, was vor Ort tatsächlich gebraucht wird, könnte ins Zentrum der Entscheidung rücken. Davon hätten wir alle etwas - gestalten wir das Gesundheitssystem neu, rücken wir Patient*innen und Pflegekräfte in den Mittelpunkt!

Wir fordern:

- Eine Abschaffung des Fallpauschalensystems
- Eine deutliche Senkung des Pflegeschlüssels
- Eine sofortige Erhöhung des Einstiegsgehalts in der Pflege auf 4000 € brutto
- Auskömmliche Finanzierung kommunaler Krankenhäuser
- Langfristig die vollständige Rekommunalisierung aller Kliniken in NRW

Begründung

Erfolgt mündlich.